



# Newsletter Integration und Migration

## In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Petra Heß ist neue Ausländerbeauftragte von Thüringen	1
Beirat für Integration geplant	1
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	2
Erneut Wanderungsdefizit	2
Leichte Zunahme von Einbürgerungen	2
Geringere Chancen auf Abitur und Studium für ausländische Jugendliche	2
Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau	3
Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund	4
Sozialreport 2010	4
Deutlicher Anstieg der Asylgesuche	4
Remigration nach Russland	5
NEUIGKEITEN DER EU	5
In der EU ist jeder 20. Ausländer	5
Europa in Zahlen: Eurostat Jahrbuch 2010	5
Mehr Auswanderer als Einwanderer	5
Mehr Rechte für Kinder	5
Anerkennung von Berufsqualifikation kontra Mobilität	6
Fremdsprachen in der Grundschule	6
Europäisches Jahr für Aktives Altern 2012	6
Arbeitslosigkeit Jugendlicher nicht über vier Monate	6
Konferenz zur Zukunft des ESF	6
Zug von Fachkräften erleichtern	6
Ratspräsidentenschaft: Gleichstellung und Antidiskriminierungsrichtlinie	6
Diskriminierung beim Grunderwerb	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

## AKTUELLES AUS THÜRINGEN

### Neue Ausländerbeauftragte von Thüringen

Seit dem 1. Oktober 2010 ist Petra Heß Ausländerbeauftragte der Thüringer Landesregierung zugeordnet dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

**Ausländerbeauftragte Petra Heß: "Berufsabschlüsse werden schleppend anerkannt"**

Petra Heß (51) ist seit 1. Oktober Thüringens Ausländerbeauftragte. Sie will eine Anlaufstelle zur Anerkennung von Abschlüssen errichten.

Das Beherrschen der deutschen Sprache und ein Job sind die besten Wege, um Ausländer zu integrieren. Wie viele ständen im Freistaat dem Arbeitsmarkt zur Verfügung?

In Thüringen leben derzeit 33.800 Menschen ohne deutschen Pass. Rund 28.000 davon sind im arbeitsfähigen Alter.

Und wie viele davon arbeiten wirklich? Die letzte offizielle Statistik stammt aus dem Jahr 2007. Damals lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 36 Prozent. Dazu kommt aber, dass Asylbewerber nicht ohne Weiteres eine Arbeitserlaubnis bekommen, häufig mindestens ein Jahr in Deutschland gelebt haben müssen. Und auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen ist langwierig und kompliziert. Nur die Hälfte der Ausländer erfährt, wo und wie man sich darum bemühen muss. Wird überhaupt erhoben, mit welchen Schul- und Berufsabschlüssen Ausländer nach Thüringen kommen?

Die Schul- und Studienabschlüsse werden erfasst. Bundesweite Statistiken besagen, dass die Hälfte der Schulabschlüsse anerkannt werden, für ein weiteres Viertel gibt es Teilanerkennungen, ein Viertel wird nicht anerkannt. Zur Anerkennung beruflicher Abschlüsse gibt es kaum Erkenntnisse.

**Warum?**

Weil alles verstreut geschieht. Zuständig sind Kultusministerium, Landesverwaltungsamt, Sozial- und Justizministerium,

Handwerkskammern, die IHK oder die Landesärztekammer. Es ist kaum zu überschauen.

**Die größten Hindernisse?**

Es muss eine bundeseinheitliche Regelung erfolgen und es sollte in jedem Bundesland nur noch eine Anlaufstelle geben, an die sich Ausländer wenden. Die Verfahren dauern viel zu lange.

**Wie lange?**

Einfach zu lange. Mit der bisherigen Regelung wird zu viel verschenkt, an Wissen und Motivation. Das kann man sich nicht leisten. Außerdem kämpfe ich dafür, das mein Amt umbenannt wird, in das der Integrationsbeauftragten. Das ist mehr als eine Formsache. Auch Spätaussiedler, die ja Deutsche sind, könnten so mehr Hilfe bei der Integration bekommen.

Quelle: Thüringer Allgemeine 20.10.10

### Beirat für Integration geplant

Das Innenministerium wird einen Beirat für Integration und Migration des Landes Thüringen einrichten. Das kündigte Innenminister Peter M. Huber (CDU) am 25.09. an. Die Einbeziehung von vier Migranten solle verdeutlichen, dass „wir an einer erfolgreichen Integration der in Thüringen lebenden Zuwanderer interessiert sind“. Zugleich werde von allen Zuwanderern ein aktiver Beitrag zum Gelingen des Integrationsprozesses erwartet. Der Beirat soll laut Huber die Landesregierung in allen Fragen der Integration beraten, zur Fortschreibung der integrationspolitischen Leitlinien beitragen und selbst Vorschläge zur Integration vorlegen.

Quelle: Thüringer Allgemeine, 27.09.2010

## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Erneut Wanderungsdefizit

2009 sind wie im Jahr zuvor mehr Personen aus Deutschland fortgezogen als zugewandert. Dies teilte das Statistische Bundesamt Ende Mai mit. 734.000 Personen zogen weg, 721.000 Zuwanderer kamen ins Land. Allerdings verringerte sich das Wanderungsdefizit auf -13.000 Personen (2008: 737.889 Fortzüge, 682.146 Zuzüge, Saldo -55.743). Die Hauptzielländer der Auswanderer 2009 waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Mehr als die Hälfte der zugezogenen Ausländer kam aus EU-Staaten (58 %). Die Zahl der zu- oder zurückgewanderten Deutschen stieg um rund 6.000 auf 115.000 (+6 %). Darunter waren knapp 3.400 Spätaussiedler. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)  
Quelle: [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

### Leichte Zunahme von Einbürgerungen

Nach dem Rekordtief vom Vorjahr, in dem nur rund 94.500 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, ist die Zahl der Einbürgerungen 2009 auf rund 96.100 (+1,7 %) Personen leicht angestiegen. Dies geht aus den Ende Juni veröffentlichten Einbürgerungszahlen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden hervor. 2000 bis 2007 wurden durchschnittlich rund 140.000 Personen pro Jahr eingebürgert. Die größte Gruppe der Eingebürgerten waren auch 2009 türkische Staatsbürger (ca. 24.600), gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro und seinen Nachfolgestaaten (ca. 5.700) sowie dem Irak (ca. 5.100). [www.destatis.de](http://www.destatis.de)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2010

### Geringere Chancen auf Abitur und Studium für ausländische Jugendliche

Deutschland: Nur 11 % der ausländischen Jugendlichen im deutschen Bildungssystem machen das Abitur, im Gegensatz zu 31 % der deutschen Jugendlichen. An Hochschulen sind nur 2,9 % der Studierenden Ausländer mit deutschem Schulabschluss. Die Autoren eines Berichts des Paritätischen Gesamtverbandes empfehlen eine grundlegende Reform des Schulsystems, von der auch andere benachteiligte Schüler profitieren würden. Anfang Juni stellte die Initiative „AB In die Zukunft“ des Forums der Migrantinnen und Migranten des Paritätischen Gesamtverbandes ihren Bericht „Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten: Fakten, Interpretationen, Schlussfolgerungen“ vor. Ziel der Initiative ist es, die Kultusministerkonferenz dabei zu unterstützen, die Bildungsabschlüsse von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bis 2012 anzugleichen. Ungefähr 10 % der Schüler an deutschen Schulen haben laut den Zahlen der Schulbehörden eine ausländische Staatsangehörigkeit. 43 % der ausländischen Schüler sind Türken. Über die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund

liegen keine Daten vor, aber rund 27 % der 5- bis 20-jährigen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Obwohl die durchschnittliche Schulbildung der deutschen und ausländischen Bevölkerung kontinuierlich steigt, bleibt die Kluft zwischen beiden Gruppen bestehen. Im Schuljahr 2008/09 erreichten 11 % der ausländischen gegenüber 31 % der deutschen Schüler die Hochschulreife. Der Schulerfolg unterschied sich stark nach Herkunftsland. 25 % der russischen Schüler, aber nur 7 % der türkischen Schüler besuchten im Schuljahr 2006/07 das Gymnasium. An den Hochschulen sind so genannte „Bildungsinländer“, also Ausländer, die ihren Schulabschluss in Deutschland erworben haben, ebenfalls stark unterrepräsentiert. Sie machen nur 2,9 % der Studierenden aus, während der Anteil von Ausländern unter den 20- bis 30-jährigen in der Bevölkerung 14 % beträgt. Zudem brechen Bildungsinländer häufiger ihr Studium ab als deutsche Studierende.

**Ursachen:** Als Gründe für den geringeren Bildungserfolg von ausländischen Jugendlichen nennen die Autoren die soziale Herkunft und das durchschnittlich niedrigere Bildungsniveau der Eltern. Migrationspezifische Merkmale, v. a. eine andere Muttersprache als Deutsch, verstärken den negativen Einfluss. Schulen versagen laut den Autoren bei der Vermittlung von Deutsch als Bildungssprache. Ausländische Jugendliche erhalten zudem bei gleichen Noten seltener eine Empfehlung für den Übergang in die Realschule oder das Gymnasium. Dies liege daran, dass Lehrer ausländischen Schülern oft weniger zutrauten, heißt es in dem Bericht. Auch die soziale Segregation an Schulen wirkt sich negativ auf den Bildungserfolg aus. Migrantenkinder gehen häufiger auf Schulen mit einem hohen Migrantenanteil und einem hohen Anteil von Kindern aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien.

**Empfehlungen:** Die Initiative plädiert für eine längere gemeinsame Lernzeit durch den Ausbau von Ganztagschulen mit zusätzlichem außerschulischem Angebot. Außerdem sollten Schüler möglichst spät auf die verschiedenen Schularten aufgeteilt werden und die Durchlässigkeit in weiterführende Schulen sollte erhöht werden. Die Schulen müssten sich ferner nach außen öffnen und die Kompetenzen von außerschulischen Einrichtungen wie etwa Migrantenverbänden nutzen. Viele dieser Verbände fördern beispielsweise bereits die Zusammenarbeit zwischen Elternhäusern und Schulen. Die systematische Einbindung der Eltern ist eine weitere Forderung der Autoren, beispielsweise indem ausländische Eltern besser über das deutsche Schulsystem informiert und bei Problemen von den Schulen sozialpädagogisch betreut werden. Außerdem müsste mehr Personal mit Migrationshintergrund eingestellt werden, da dieses eine Identifikations- und Vorbildfunktion übernehmen könne. Der Deutscherwerb in allen Altersstufen müsse stärker in den Unterricht integriert werden. Gleichzeitig müsse die Mehrsprachigkeit von Schülern als Potenzial und nicht als Problem angesehen werden. Das Vorstandsmitglied des Paritätischen Gesamtverbandes und Berlins ehemalige Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) sagte bei der Vorstellung des Berichts: „Wenn wir allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft die gleichen Chancen zur Förderung geben wollen, muss unser Schulsystem durchgreifend reformiert werden.“ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schloss sich in einer Presseerklärung dieser Meinung an und teilte mit: „Die Ergebnisse der Studie sind keinesfalls neu – und das ist der eigentliche Skandal.“ Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) forderte: „Bei der Unterstützung der jungen Migranten in der Schule muss an Intensität und Tempo deutlich zugelegt werden.“ Die Bundesländer seien gefordert, Schulen mit hohem Zuwandereranteil mit mehr Geld und mehr Lehrern auszustatten. Eine strukturelle Schulreform lehne sie jedoch ab. Weitere Informationen: [www.abindiezukunft.de](http://www.abindiezukunft.de), [www.gew.de](http://www.gew.de), [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2010

## Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau

Rückgänge bei verschiedenen Kategorien der Zuwanderung haben im Jahr 2008 zu einem negativen Wanderungssaldo beigetragen. Erstmals seit 25 Jahren überstieg die Anzahl der Fortzüge die der Zuzüge. Bei der Aufnahme von jüdischen Zuwanderern sowie bei Spätaussiedlern setzte sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fort.

**Familiennachzug:** Der Familiennachzug hat von 85.305 Personen im Jahr 2002 auf 39.717 im Jahr 2008 (-53,4 %) kontinuierlich abgenommen. Der Rückgang ist u. a. darauf zurückzuführen, dass infolge der EU-Erweiterung zahlreiche vormals visumpflichtige Staatsangehörige nunmehr Freizügigkeit genießen und nicht mehr in die Familiennachzugsstatistik eingehen. Auch die Tatsache, dass ausländische Ehepartner von in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen seit September 2007 vor der Einreise einfache Sprachkenntnisse nachweisen müssen, dürfte sich negativ auf die Anzahl der erteilten Visa ausgewirkt haben. Mit 42.756 Erteilungen gab es 2009 erstmals wieder eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr (+7,7 %).

### Jüdische Zuwanderung:

Bei jüdischen Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion setzte sich der Trend der letzten Jahre fort. Nach 1.436 Zuzügen im Jahr 2008 waren es im vergangenen Jahr nur noch 1.088 (-24,2 %). Verglichen mit dem Jahr 2005 (5.968) betrug der Rückgang sogar -81,8 %. Dieser ist neben der sinkenden Zahl an potenziellen jüdischen Zuwanderern in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch auf das im Jahr 2005 neu geregelte Aufnahmeverfahren zurückzuführen. Die Steuerung der Zuwanderung orientiert sich seitdem stärker an den Integrationsmöglichkeiten, wobei die Aufnahme u. a. von der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes, deutschen Sprachkenntnissen sowie der Möglichkeit zur Aufnahme in eine jüdische Gemeinde abhängig gemacht wird.

**Spätaussiedler:** Ein ähnlich rückläufiger Trend ergibt sich bei der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen. Während im Jahr 2005 noch 35.522 Spätaussiedler registriert wurden, waren es 2008 nur 4.362 und 2009 nur noch 3.360 (-23 % gegenüber 2008; -90,5 % im Vergleich zu 2005). Auch hier gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Zum einen ist ein stetig sinkendes Zuwanderungspotenzial in den Herkunftsländern bzw. ein Wegfall der Auswanderungsursachen festzustellen. Nur noch wenige leiden unter einem Kriegsfolgenschicksal oder sind als deutsche Volkszugehörige Diskriminierungen ausgesetzt. Zum anderen wirken sich Änderungen bei den Aufnahmebedingungen restriktiv aus, nicht zuletzt die Einführung von Spracherfordernissen.

**Irreguläre Migration:** Über die Anzahl der illegal nach Deutschland eingereisten Ausländer können allenfalls die festgestellten unerlaubten Einreisen an den Grenzen sowie die Aufgriffe von Ausländern mit illegalem Aufenthalt Aufschluss geben. 2008 stieg die Zahl der unerlaubten Einreisen im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht auf knapp 18.000 an (+16 %), blieb jedoch verglichen mit den 1990er Jahren auf relativ niedrigem Niveau.

Der zwischenzeitliche Höchststand wurde 1993 mit über 50.000 Aufgriffen verzeichnet. Die Zahl der aufgegriffenen Personen mit illegalem Aufenthalt war 2008 weiter rückläufig. Vom Höchststand im Jahr 1998 (140.779) sank sie kontinuierlich auf 58.899 (2007) bzw. 51.154 (2008). Schätzungen über die tatsächliche Zahl der illegal Aufhältigen in Deutschland bewegen sich im Bereich von 200.000 bis 460.000 Menschen zum Jahresende 2007. Die Schätzung für 2005 hatte noch bei 280.000 bis 680.000 gelegen. Insgesamt zeichnet sich auch hier ein Rückgang ab, der nicht zuletzt auf die EU-Erweiterungsrunden 2004 und 2007 zurückzuführen ist, da die neuen Mitgliedstaaten Polen, Rumänien und Bulgarien wichtige Herkunftsländer irregulärer Migranten waren.

**Rückführungen:** Die Zahl der Abschiebungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, von über 35.000 im Jahr 2000 auf 7.830 im Jahr 2009 (-78 %). Dies hängt damit zusammen, dass die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer ebenfalls deutlich geschrumpft ist – von 453.306 im Jahr 2003 auf 136.432 im Jahr 2008. Hier machen sich verschiedene Faktoren wie etwa die niedrigen Asylbewerberzahlen, die in den letzten Jahren höhere Schutzquote sowie die Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete bemerkbar. Dagegen stieg 2008 die Zahl der Zurückschiebungen, also der Rückführung nach illegaler Einreise innerhalb von sechs Monaten, erstmals seit über zehn Jahren wieder an, im Vergleich zu 2007 um gut 50 % (2007: 3.818; 2008: 5.745). Für 2009 war ein weiterer Anstieg um 70 % auf 9.782 zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Zuwächse gab es bei den Zurückschiebungen auf dem Luftweg nach China, in die Türkei und nach Russland, die 2009 die Hauptzielstaaten waren.

**Freiwillige Ausreise:** Der Umfang der „freiwilligen Rückkehr“ ist bis 2008 kontinuierlich gesunken – von 9.961 im Jahr 2004 auf nur noch 2.799 im Jahr 2008 (-72 %). Die Rückkehrer erhalten finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder. Die fünf Gruppen mit den meisten Rückkehrern in diesem Zeitraum waren Staatsangehörige des ehemaligen Serbien und Montenegro (inkl. Republik Kosovo), die 24,2 % der Rückkehrer ausmachten, türkische (9,7 %), irakische (8,7 %), russische (6,8 %) sowie iranische Staatsangehörige (4,8 %). Im Jahr 2009 ergab sich mit rund 3.100 Rückkehrern erstmals seit sieben Jahren wieder eine leichte Steigerung (+11 %). Die Entwicklung der Wanderungsstatistiken der Jahre 2008 bzw. 2009 verdeutlicht insgesamt, dass eine Reihe von unterschiedlichen Faktoren Einfluss auf den Migrationssaldo in Deutschland nehmen. Dazu gehören im Einzelfall Effekte migrationssteuernder Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene oder die Auswirkungen struktureller Entwicklungen in den Herkunftsländern. Dagegen scheinen sich Änderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen, wie z. B. die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise, nicht klar messbar auf Wanderungsbewegungen über die deutschen Grenzen auszuwirken. Weitere Informationen: [www.bamf.de](http://www.bamf.de), [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de), [www.destatis.de](http://www.destatis.de), <http://irregular-migration.hwwi.net>

Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2010



## Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund

Die Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund hat 2009 erstmals die 16-Mio.-Schwelle überschritten. Inzwischen handelt es sich um jeden fünften Einwohner Deutschlands, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden Mitte Juli mitteilte. Eine aktuelle Studie der Universität Rostock widerspricht der Annahme, Migrantinnen würden deutlich mehr Kinder bekommen als deutsche Frauen. Im vergangenen Jahr lebten 16,048 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dazu zählt das Statistische Bundesamt die seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen. Ihr Anteil ist im Vergleich zu den Ergebnissen des Mikrozensus aus dem Jahr 2005, als das Merkmal Migrationshintergrund erstmalig erfasst wurde, von 18,6 % (15,3 Mio.) auf 19,6 % gestiegen. Für den Anstieg nennt das Statistische Bundesamt v. a. zwei Gründe: Von 2005 bis 2009 ist der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund durch Zuzug und Geburten um 715.000 Personen angewachsen. Zugleich schrumpfte die einheimische Bevölkerung seit 2005 um 1,3 Mio., hauptsächlich durch Todesfälle. Die beiden größten Migrantengruppen kommen aus der Türkei (3 Mio.) und aus der früheren Sowjetunion (2,9 Mio.). Aus Ex-Jugoslawien und Polen stammen je 1,5 Mio., aus Italien 830.000 und aus Griechenland 403.000. 96 % aller Personen mit Migrationshintergrund leben auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und des früheren Westberlin. Mit einem Altersdurchschnitt von 34,7 Jahren sind sie deutlich jünger als Personen ohne Migrationshintergrund (45,6 Jahre). Unter den Neugeborenen machen sie inzwischen 30 % aus, in städtischen Ballungsgebieten teilweise 60 % und mehr. Allerdings bekommen auch Migrantinnen zunehmend weniger Kinder. Dies ist das Ergebnis einer im August veröffentlichten Studie der Universität Rostock. „Frauen der zweiten Migrantengeneration haben sich dem Geburtenverhalten von deutschen Frauen nahezu angepasst“, fand die Soziologin Nadja Milewski heraus. In der Studie wurde anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) das Geburtenverhalten von Frauen aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Griechenland, Italien und Spanien untersucht. Demnach werden Migrantinnen im Vergleich zu westdeutschen Frauen rund zwei Jahre früher Mutter. Ebenso wie für deutsche Frauen gelte für Zuwanderinnen aber: Je höher der Bildungsabschluss, desto später bekommen die Frauen Kinder. Die Wissenschaftlerin führt das u. a. darauf zurück, dass mit zunehmender Bildung auch die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit steigt. Während Frauen, die heute nach Deutschland kommen, oft ein hohes Qualifikationsniveau haben, sei dies vor einigen Jahren noch anders gewesen. Die Frauen der ersten Migrantengeneration waren meist nicht erwerbstätig, was eine frühere Familiengründung und eine höhere Kinderzahl begünstigte. Für die ersten Jahre nach Ankunft der Migrantinnen in Westdeutschland zeigte sich, dass die Wahrscheinlichkeit, ein erstes Kind zu bekommen, v. a. in den ersten beiden Jahren hoch war – etwa sechsmal so hoch wie die für Frauen aus Westdeutschland im gleichen

Alter. Türkischstämmige Frauen haben im Gegensatz zu Migrantinnen aus anderen Ländern auch heute noch häufiger drei Kinder. Dennoch gebe es auch unter Türkinnen der zweiten Generation einen Anpassungstrend an die „demographischen Muster“ in Deutschland, heißt es in der Studie.

Weitere Informationen:

Nadja Milewski: Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach in Germany. Demographic Research Monographs. 2010, Hamburg: [www.demogr.mpg.de/books/drm/006/](http://www.demogr.mpg.de/books/drm/006/)

Informationen unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2010

## Sozialreport 2010

Eine aktuelle Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg ergab, dass 72 % der Deutschen der Aussage zustimmen, es gäbe in Deutschland „zu viele Ausländer“ und ihre Zahl müsse „in den nächsten Jahren reduziert werden“. Für die repräsentative Studie „Sozialreport 2010“ im Auftrag des Bundesverbands der Volkssolidarität wurden 2.090 Erwachsene befragt. Demnach fordern 73 % der Deutschen, dass sich Ausländer den hiesigen Begebenheiten mehr anpassen sollten. 78 % denken jedoch, dass ausländische Bürger zum Wohlstand in Deutschland beitragen.

[www.volkssolidaritaet.de/cms/sozialreport\\_2010\\_deutsche\\_einheit.html](http://www.volkssolidaritaet.de/cms/sozialreport_2010_deutsche_einheit.html)

Quelle : Migration und Bevölkerung 07/2010

## Deutlicher Anstieg der Asylgesuche

Im ersten Halbjahr 2010 wurden 15.579 Asylersuchen gestellt, ein Viertel mehr als im Vorjahreszeitraum (12.454, +25,1 %). Die meisten Anträge kamen von Irakern (2.596). Einen besonders hohen Anstieg gab es bei den Asylgesuchen von Afghanen. Während im ersten Halbjahr 2009 1.120 Afghanen Asylersuchen stellten, waren es nun 2.504 Anträge (+123,6 %). Angesichts der weiterhin schwierigen Lage in Afghanistan erwartet das Bundesinnenministerium, dass Afghanen in den kommenden Jahren die größte Gruppe der Asylsuchenden in der EU stellen werden. Insgesamt 3.691 Personen wurde zwischen Januar und Juni 2010 ein Schutzstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt (18,6 % aller Asylentscheidungen), 1.428 erhielten subsidiären Schutz (7,2 %). Abgelehnt wurden die Anträge von 10.213 Personen (51,4 %). [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

Quelle: EU Kompakt 18/2010

### Erfurter aus 125 Nationen

In der Stadt Erfurt leben 6324 ausländische Bürger. Die größte Gruppe kommt aus Vietnam (793), gefolgt von der Russischen Föderation (673) und der Ukraine (597). Insgesamt sind rund 125 Nationalitäten vertreten. In den Kindergärten werden derzeit 397 Kinder betreut, deren Eltern aus anderen Ländern stammen. Für den Planungszeitraum 2010/11 rechnen die Einrichtungen mit 338 Kindern aus diesen Familien. Die Erfurter Schulen besuchten im zurückliegenden Schuljahr 690 Schüler aus Migrantenfamilien. Das entspricht einem Prozentsatz von 2,44.

Quelle: TA, 29.06.2010

## Remigration nach Russland

### Studie zum Rückkehrverhalten von AussiedlerInnen

Seit Mitte der 90er Jahre sinkt die Zahl der nach Deutschland einreisenden Spätaussiedler kontinuierlich. Ein Fakt, der mittlerweile allgemein bekannt ist. Weniger wahrgenommen wird die Zahl von rückkehrwilligen Spätaussiedlern, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Nach Aussagen von ExpertInnen stellt diese Migrantengruppe die höchste Rückkehrergruppe. Bislang sollen nach Schätzungen ca. 12.000 Personen remigriert sein, z.T. nach einem langen Aufenthalt in der Bundesrepublik.

Die Universität Trier widmet sich im Rahmen eines Forschungsprojekts diesem bislang wenig beachteten Thema. Im Fachgebiet Soziologie und Ethnologie erforscht eine Gruppe von Wissenschaftlern die Fragen, warum AussiedlerInnen wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Schwerpunkte werden darauf gelegt, inwieweit Netzwerke und die Suche nach der eigenen Identität hier eine besondere Rolle spielen.

Wie alle Migrantengruppen sind auch Russlanddeutsche auf der Suche nach der eigenen Identität im neuen kulturellen Kontext. Die Angst vor Identitätsverlust und die Veränderungen, die das „Ich“ erfährt, sind hierbei wichtige Faktoren. Im Zusammenspiel mit einem Kulturschock können diese Erfahrungen dazu führen, sich von der Aufnahmegesellschaft zu distanzieren. Noch schmerzhafter ist der Prozess dadurch, dass die Migration nicht als eine Auswanderung in die Fremde, sondern als eine Rückwanderung in die „Heimat“ gedacht war.

Das Forscherteam wird anhand soziologischer Interviews und Gespräche die Motivationen und Strategien der Remigrierten genauer untersuchen. Das Projekt läuft seit 2009 und wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen sein. Dann werden die Ergebnisse veröffentlicht werden, die nicht nur ein neues Licht auf die Frage der Remigration, sondern auch auf das Leben der Aussiedler in Deutschland werfen werden.

Quelle : Migration und Bevölkerung 05/2010

## NEUIGKEITEN DER EU

### In der EU ist jeder 20. ein Ausländer

Insgesamt 6,4 Prozent der Bevölkerung in der EU sind ausländischer Staatsangehörigkeit. Nach Angaben von Eurostat kommen von diesen 31,9 Millionen Menschen 11,9 Millionen aus einem anderen Mitgliedstaat und 20 Millionen aus Drittstaaten. Dabei sind 7,2 Millionen Staatsangehörige anderer europäischer Länder (die nicht zur EU gehören). 4,9 Millionen kommen aus afrikanischen, vier Millionen aus asiatischen Ländern. Vom amerikanischen Kontinent stammen 3,3 Millionen. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger lag zwischen weniger als einem Prozent in Polen, Rumänien und Bulgarien und 44 Prozent in Luxemburg. Die meisten ausländischen Staatsangehörigen lebten mit 7,2 Millionen Menschen in Deutschland, gefolgt von Spanien (5,7 Millionen), dem Vereinigten Königreich (vier Millionen) und Italien 3,9 Millionen.

Weitere Informationen unter: <http://ec.europa.eu/eurostat>  
Quelle: EU-Nachrichten 29/2010

## Europa in Zahlen: Eurostat Jahrbuch 2010

Wie hat sich die Zahl der außerehelichen Geburten entwickelt? Wie verteilen sich die Staatsausgaben auf soziale Sicherung, Gesundheit und Bildung? – Antworten auf diese und viele andere Fragen finden sich in der 14. Ausgabe des Jahrbuchs von Eurostat, dem statistischen Amt der EU. Die Ausgabe 2010 präsentiert und erläutert eine umfassende Auswahl der verfügbaren statistischen Daten von Eurostat. Sie enthält Informationen über die Entwicklung von Schlüsselindikatoren in der EU-27, den Kandidatenländern, den EFTA-Ländern, den Vereinigten Staaten und Japan. So hat sich der Anteil der außerehelichen Geburten an allen Geburten in der EU in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Das passt zur Heiratsmündigkeit der Europäer: Während 1990 noch 6,3 von 1000 EU-Bürgern eine Ehe eingingen, sank die Zahl 2007 auf 4,9. Mit einem Anteil von durchschnittlich 18 Prozent ist der soziale Bereich ganz vorn bei den Staatsausgaben.

Informationen unter <http://ec.europa.eu/eurostat>

Quelle: EU-Nachrichten 30/2010

### Mehr Auswanderer als Einwanderer

Fast unbemerkt: Deutschland ist zu einem Auswandererland geworden. Mehr Menschen verlassen inzwischen ihre deutsche Heimat als im Gegenzug Ausländer hereinströmen. Einwanderungspolitik wird in Zukunft europaweit koordiniert und sich an den Spielregeln der USA ausrichten. Dies war eine der Kernthesen der gestrigen Konferenz zum Europäischen Jahr gegen soziale Ausgrenzung und Armut mit dem Schwerpunkt Migrationspolitik für Jugendliche in Weimar. „Die Ausrichtung der Einwanderungspolitik wird sich auf hochqualifizierte junge Fachleute konzentrieren und zunehmend pragmatisch ausgerichtet sein“, sagte Integrationsexperte Christof Eichert in der von TA-Redakteur Dietmar Groszer moderierten Veranstaltung des Europäischen Informationszentrums in der Staatskanzlei (EIZ). Interessanter Trend: Inzwischen stünden Polen und Ungarn bei der Zuwanderung in Deutschland weit vor den Türken. Heute schaue Europa sehr genau hin, wer die Grenzen überschreiben dürfe, so die Expertenrunde. Weltweit sind derzeit 214 Millionen auf der Suche nach einer neuen Heimat unterwegs - die meisten aus klimatischen Gründen, sagte der Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Werner Bruns. Während sich im afrikanischen Raum das Durchschnittsalter bei 22 Jahren einpegle, bewege es sich in Europa auf 52 Jahre zu, warnte Bruns vor einer dramatischen Verschiebung am weltweiten Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Euro-Krise schloss EU-Spitzenpolitiker Gerhard Sabathil aus Brüssel nicht aus, dass Europas Stellung geschwächt wird. In 40 Jahren gebe es laut Sabathil 100 Millionen Menschen weniger in Europa, was vor allem durch Einwanderung ausgeglichen werden kann.

Quelle: Thüringer Allgemeine, 19.05.2010

### Mehr Rechte für Kinder

Die EU-Strategie zu Kinderrechten will Kindern mehr Gehör verschaffen und ihre Rechte im Alltag besser schützen. Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu den Themen kinderfreundliche Justiz, Gewalt gegen Kinder, Kinderarmut sowie Mitspracherecht von Kindern gestartet, die bis zum 20. August 2010 läuft.

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Anerkennung von Berufsqualifikation kontra Mobilität

Für EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten wollen, ist die Anerkennung von Berufsqualifikation oft schwierig. Dem von der Kommission veröffentlichten Binnenmarktanzeiger zufolge wurde in 30% der gemeldeten Fälle der Antrag auf Anerkennung von Berufsqualifikationen zunächst einmal abgelehnt, oder von den Antragstellenden wurden zusätzliche Prüfungen verlangt. Viele mussten ihren Antrag auf dem Beschwerdeweg durchsetzen.

Quelle: EU-Kompakt 15/2010

## Fremdsprachen in der Grundschule

Im Jahr 2008 lernten in der EU 79% der Schüler in der Primarstufe und 83% der Schüler der Sekundarstufe II eine Fremdsprache. In beiden Stufen war Englisch die erste Fremdsprache. Eine zweite Fremdsprache wurde von 10% der Schüler der Primarstufe und von 39% der Schüler der Sekundarstufe II gelernt, wobei Französisch und Deutsch am häufigsten vertreten waren.

Quelle: EU-Kompakt 15/2010

## Europäisches Jahr für Aktives Altern 2012

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, dass das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für Aktives Altern“ ausgerufen werden soll. Sie verweist dabei auf die Herausforderungen der Demografischen Entwicklung. Es ist ab 2012 mit einer Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu rechnen, während die Zahl der über 60-jährigen jährlich um etwa zwei Millionen zunehmen werde. Angesichts des zu erwartenden zunehmenden Drucks zwischen 2015 und 2035 - der Zeitraum, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden - hat die Kommission alle Beteiligten aufgefordert, bereits 2011 Aktionen und Ziele zu bestimmen, um im Europäischen Jahr 2012 konkrete Ergebnisse präsentieren zu können. Es ist zu erwarten, dass Parlament und Rat Anfang 2012 dieser Initiative zustimmen werden.

Quelle: EU-Kompakt 15/2010

## Arbeitslosigkeit Jugendlicher nicht über vier Monate

Eine „Europäische Jugendgarantie“ soll sicherstellen, dass junge arbeitslose Menschen nicht länger, als vier Monate ohne Beschäftigung bleiben, so die Abgeordneten des Europaparlaments in einer Entschließung zu der Förderung des Zugangs Jugendlicher zum Arbeitsmarkt sowie zur Stärkung des Status von Auszubildenden, Praktikanten und Lehrlingen

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Konferenz zur Zukunft des ESF

Vergangene Woche trafen sich auf Einladung der EU-Kommission etwa 500 Interessierte und Beteiligte aus der ganzen EU in Brüssel, um die Zukunft des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu diskutieren. Die Diskussion im Plenum und in Arbeitsgruppen zeigte Schwächen der Vergangenheit und die daraus resultierenden Lektionen auf. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass der ESF ein geeignetes Mittel zur Unterstützung der Strategie „Europa 2020“ sei. Beschäftigungskommissar Andor erklärte, dass die Kommission zukünftig wesentlich mehr auf Wirksamkeit des ESF-Maßnahmen im Kontext der Strategie achten wolle.

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Zuzug von Fachkräften erleichtern

Die Europäische Kommission hat eine Richtlinie vorgeschlagen, um multinationalen Unternehmen die vorübergehende Entsendung von qualifizierten Drittstaatsangehörigen aus einem Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU in Tochtergesellschaften oder Zweiniederlassungen in EU-Mitgliedstaaten zu erleichtern. Bislang mussten betroffene Unternehmen unzählige Formalitäten hinter sich bringen. Durch die Richtlinie sollten diese innerhalb von 30 Tagen erledigt sein, so die zuständige Kommissarin Cecilia Malmström.

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Ratspräsidentschaft: Gleichstellung und Antidiskriminierungsrichtlinie

Belgien hat angekündigt, dass der Rat unter seiner Präsidentschaft auf der Grundlage der Mitteilung der EU-Kommission über die neue Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern (2011-2015) Schlussfolgerungen verabschieden will. Ebenfalls sollen Schlussfolgerungen zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern im Rahmen der Weiterverfolgung des Aktionsplans von Peking (UN-Konferenz 1995) verabschiedet werden. Ferner will Belgien die Arbeiten der spanischen Präsidentschaft im Zusammenhang mit der Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung fortsetzen sowie ihre volle Aufmerksamkeit dem Kampf gegen die Gewalt gegenüber Frauen widmen.

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Diskriminierung beim Grunderwerb

Deutschland wird durch eine Stellungnahmen der Kommission aufgefordert, die vorhandene diskriminierende Behandlung von EU-Bürgern auf dem deutschen Immobilienmarkt zu unterbinden. Laut der Kommission kommt Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU nicht nach und verstößt gegen die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung, der Freizügigkeit der Unionsbürger und Arbeitnehmer, der Niederlassungsfreiheit und des freien Kapitalverkehrs. Ursprung dieser Verstöße sind Reglementierungen, die Ortsansässige, in einigen Gemeinden beim Immobilienerwerb begünstigen. Einheimischen werden Baugrundstücke, im Vergleich zu Gebietsfremden, günstiger angeboten. Für die Kommission stellt dies eine nicht zu rechtfertigende praktizierte Diskriminierung dar. Sollte Deutschland nicht binnen zwei Monaten eine angemessene Antwort übermitteln, kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Quelle: EU-Kompakt 12/2010

## Buchempfehlungen - Downloads - Termine

### BÜCHER

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: **8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.** Juni 2010, 615 Seiten, Download: [www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_\\_\\_Anlagen/2010/2010-07-07-langfassungslagebericht-ib.property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2010/2010-07-07-langfassungslagebericht-ib.property=publicationFile.pdf)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 06/2010

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (Hg.): **Länderprofil Russland.** Focus Migration, 2010, ISSN 1864-6220, Autorin: Maria Nozhenko. Download als PDF/HTML unter: [www.focus-migration.de/Russische\\_Foederatio.6337.0.html](http://www.focus-migration.de/Russische_Foederatio.6337.0.html).  
Das Länderprofil ist in Deutsch und Englisch abrufbar. Insgesamt sind bisher 21 Länderprofile erschienen.  
Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2010

Stefan Luft, Peter Schimany (Hg.): **Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven.** 2010, Bielefeld, ISBN 978-3-8376-1438-1, Preis 29,80 Euro, Online-Bestellung: [www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2010

**Projekt Elternkompass - Praxishandbuch erschienen**  
Gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) seit 2007 das bundesweite Projekt „Elternkompass“ durch, das im Dezember diesen Jahres enden wird.

Hintergrund des Projekts ist, dass Eltern mit Migrationshintergrund von üblichen Weiterbildungsangeboten kaum erreicht werden, obwohl gerade sie besonders gestärkt werden müssen, z.B. um den Bildungserfolg ihrer Kinder zu gewährleisten. Zahlreiche Barrieren wie z.B. Sprache, Schichtzugehörigkeit, Unwissenheit und Unsicherheiten führen dazu, dass diese Gruppe schlecht erreicht wird.

Ziel des Projekts ist deswegen die Förderung und Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Bereichen Erziehungskompetenzen und Partizipationsmöglichkeiten. Im Rahmen der konkreten Umsetzung wurden ein Konzept und ein Maßnahmenpaket entwickelt, das insbesondere auf die Elternbildung in sozial benachteiligten Familien zielt. Das nun erschienene Praxishandbuch Elternkompass informiert interessierte Institutionen über das Projekt und inwieweit der Elternkompass in der eigenen Institution umgesetzt werden kann. Inhalte sind:

- Informationen zum Elternkompass
- Informationen zur Qualifizierung von Elternpaten
- Informationen zum Themenbereich Netzwerken vor Ort
- eine Übersicht über Arbeitsmaterialien
- eine Übersicht über Finanzierungsmöglichkeiten und Förderprogramme

Gerne unterstützt unser Team Sie bei der Antragsstellung für Fördermittel und der konkreten Umsetzung des Elternkompasses in Ihrer Institution.

Quelle: Ibis Infodienst Integration 08/2010

### Simulationen für die historisch-politische Bildung

Der Verein Humanity in Action Deutschland e. V. entwickelt Simulationen zu menschenrechtlichen Dilemmas und Konfliktsituationen. In Kürze erscheinen englischsprachige Handreichungen und Spielanleitungen zu folgenden Themen:

- „Iraqi Refugees in Germany facing Repatriation“
- „Transitional Justice in Post-Conflict Societies“
- „Roma Rights in the European Union“ und
- „Segregated Schools in Bosnia-Herzegovina“

Kontakt: Anne Stalfort, Tel.: +49 30 44308271, [a.stalfort@humanityinaction.org](mailto:a.stalfort@humanityinaction.org), [www.humanityinaction.org/germany](http://www.humanityinaction.org/germany)

Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2010

### Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

#### Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Integration und Migration  
Fachdienst für Integration Thüringen (FDI)  
Rosa-Luxemburg-Str. 50  
99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: [fd@integration-migration-thueringen.de](mailto:fd@integration-migration-thueringen.de)

Internet: [www.integration-migration-thueringen.de](http://www.integration-migration-thueringen.de)

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium

## Internetangebot für junge Migranten

Unter [www.stell-deine-fragen.de](http://www.stell-deine-fragen.de) erreicht man das erste Online-Beratungsportal für junge Migrantinnen und Migranten (jmd4you), das unabhängig von öffentlichen Institutionen wie dem Jugendamt oder der Ausländerbehörde anonyme und kostenlose Beratung anbietet. Die interkulturell ausgebildeten Online-Berater, alle mit langjähriger Beratungserfahrung in den Jugendmigrationsdiensten, geben Antworten auf alle Fragen, die die Integration betreffen. Über das klassische Beratungsangebot hinaus bietet die Online-Plattform [www.jmd4you.de](http://www.jmd4you.de) seit Kurzem ein moderiertes Forum an, in dem sich die Jugendlichen auch untereinander austauschen können.

Quelle: Migration und Bevölkerung 07/2010